

Schweizerische Parlamentarier in S Y R I E N (18. - 23.10.1977)

Nach dem Besuch des syrischen Staatspräsidenten in der Schweiz lud der Präsident des syrischen Nationalrates eine Parlamentarier-Delegation aus der Schweiz zum Besuch Syriens ein. Es wurde folgende Delegation bestellt: Nationalrats-Vizepräsident Alfred Bussey (Delegationschef), die Nationalräte Monique Bauer, Georg Brosi, Peter Grünig, Emil Schaffer, Burkhard Vetsch und Ständerat Alois Dobler.

Dienstag, den 18. Oktober, kurz nach 15 Uhr hob sich unsere DC 8 in Genf über Nebel und Dunst und gewährte uns eine prachtvolle Sicht über den Mont Blanc hinweg auf die Schweizer Alpen. Als wir später in Athen zwischenlandeten, war es mit der Sicht auf Meer, Berge, Hügel, Dörfer und Städte aus. Die Dunkelheit war hereingebrochen und es fiel im Vergleich mit unserem Land auf, wie wenig Kunstlicht aus der Tiefe heraufgrüsste.

Landung in Damaskus: Sofort wurden wir durch eine stattliche Delegation des syrischen Parlaments, weitere Funktionäre, Fernseh- und Presseleute umringt. Delegationschef Alfred Bussey gab eine erste Erklärung ab, der in den folgenden Tagen noch viele folgen sollten. Er erledigte sich seiner Aufgabe tadellos. - Eskortiert von Polizeifahrzeugen wurden wir mit Buicks ins Hotel "International" geführt. Diese Staatswagen, mit Sirenengeheul angemeldet, genossen im Verkehr immer Vortritt und andere Fahrzeuge machten für die Durchfahrt Platz. Ohne dieses Vorrecht hätten wir wohl unser gedrängtes Programm kaum bewältigen können, denn in Damaskus mit angeblich rund 1,5 Mio Einwohnern (Reiseführer 1 Mio) herrscht eine gewaltige Verkehrsdichte, tagsüber mit viel Gehupe, nachts aber in vollster Ruhe, weil während der Nachtzeit bei Autolärm hohe Bussen verhängt werden.

Auffallend bei dieser ersten Fahrt war für uns die Präsenz vieler uniformierter Männer. Indessen stellten wir bald einmal fest, dass von der Bevölkerung Polizei- und Militärpersonen kommentarlos zur Kenntnis genommen werden, wozu noch zu sagen ist, dass immerhin in den letzten Jahren in Syrien endlich eine gewisse politische Stabilität und Ruhe eingekehrt ist.

Wie man uns mitteilte, hatte es vor unserer Ankunft frühzeitig und zum ersten Mal seit dem Monat April geregnet. Man wertete das als Vorzeichen eines fruchtbaren Winters.

Mittwoch, den 19. Oktober besuchten wir zuerst die Schule der Kriegswaisen (Ecole des enfants des Martyrs) in Damaskus. Das Gebäude ist im Endausbau, präsentiert gut und wird wohl ausländischen Besuchern als Musterschule gezeigt. Einzelne Lokale sind sogar recht feudal, die Schlafsäle der Kinder dagegen recht monoton. Auffallend sind die im Vergleich zu uns kleinen Klassen mit 20 Schülern. Die Kinder tragen eine schlichte Schultracht. Zu unserer Begrüssung sangen sie Lieder und klatschten dabei im Takt und salutierten beim Grüßen. Von einem bestimmten Alter an werden die Kinder auch militärisch geschult. Die Vorsteherin, eine gütige Frau mit selbstbewusstem Auftreten, hatte dauernd eine Anzahl vorschulpflichtige Kinder um sich. Es handelt sich durchwegs um herzige und liebenswerte Knirpse mit grossen dunkelbraunen Augen und schwarzen Haaren. Wir beobachteten eine gute Klassendisziplin. Ein politischer Fachbearbeiter der Baath-Partei orientierte uns über die Lage Syriens und beklagte sich recht lebhaft über die Juden, welche das ganze Gebiet bis zur Türkei beherrschen möchten.

Von der Schule weg führte uns die Fahrt ins Golan-Gebiet. Man begreift den Streit um die Golan-Höhe, ist sie doch ein strategischer Militärstützpunkt ersten Ranges. Ihre Neutralisierung wäre wohl die beste Lösung, würde aber wohl die dauernde Präsenz von UNO-Truppen bedingen.

Je mehr wir uns der zerstörten Stadt Qunaytra näherten, desto öder wurde das Steppengebiet und auch die Besiedelung nahm zusehends ab. Die Tierwelt wird von Eseln, Ziegen, Schafen und Dromedars beherrscht. Sie haben sich mit kärglicher Nahrung abzufinden. Wir sahen Frauen, die sogar kleinere Baumstämme auf dem Kopf trugen. In Damaskus herrscht nicht zuletzt deshalb eine rege Bautätigkeit, weil viele Menschen aufzunehmen sind, die sich aus dem Grenzgebiet zu Israel zurückgezogen haben. Während die Juden in besetzten Gebieten Kybutze errichtet haben, haben die Syrer den Wiederaufbau von Qunaytra im Zusammenhang mit der unsicheren Lage und aus Angst vor kriegerischen Ereignissen bis jetzt unterlassen. Auf unserer Fahrt beobachteten wir Arbeitsequipen, welche die karge Steppe urbarisieren, Steine zusammenführen.

Auf dem Flachdach des zerstörten Spitals von Qunaytra wurden wir darüber orientiert, dass die Stadt vor dem Krieg 60'000 Menschen beherbergt hat. Heute ist niemand mehr da und auch der Vizestadt-Präsident, der uns im Beisein des Gemeinderates herzlich begrüßte, wohnt in Damaskus. Die Israelis sollen, wie ein Architekt aus der Schweiz im Auftrage der UNO in einem Gutachten festgehalten habe, die Häuser der Stadt in Verletzung der Genfer-Konvention mit Dynamit gesprengt und mit Bulldozern zusammengelegt haben. Das moderne Spital (400 Betten) sei trotz gut sichtbarem Roten Kreuz zerstört worden. Das Gebäude weist viele Einschüsse auf. Wir können natürlich nicht wissen, ob es allenfalls militärisch besetzt war. Was die Ruinen der Stadt anbelangt, so hatten wir selber bei unserer Ankunft festgestellt, dass diese kaum durch Beschuss zerstört worden sein konnte, denn Decken und Mauern waren offensichtlich auf andere Weise zum Einsturz gebracht worden.

Vom der UNO waren Wachtruppen aus Oesterreich, Kanada, Iran und Polen da. Wir unterhielten uns mit Oesterreichern, die sich in diesem abgelegenen Gebiet während ihrer dreimonatigen Dienstzeit langweilen. An verschiedenen Stellen standen wir am Drahtverhau und blickten über das etwa 50 m breite Niemandsland auf von den Israelis erobertes syrisches Territorium.

Am Abend des interessanten Tages wurde auf Einladung des Vize-Präsidenten der syrischen Volkskammer ein Abendessen mit ausgezeichneten syrischen Spezialitäten offeriert. Es waren auch einige Minister zugegen.

Donnerstag, der 20. Oktober begann mit einem Besuch beim Planungsminister Dr. Georges Hauraniye, der als Technokrat in die Regierung geholt und der parteilos ist und der christlichen Religion angehört. Der intelligente und sehr sympathische Minister erklärte uns, dass Syrien sehr daran gelegen sei, mit der Schweiz in nähere Wirtschaftsbeziehungen zu gelangen. Es gehe dabei nicht einfach um Gewährung von Krediten, um Lieferungen oder Installationen. Was man sich wünsche, wären gemischte Produktionsgesellschaften Schweiz-Syrien, wobei als Partner Private oder der Staat auftreten könnten. Wichtig wären vor allem Produktionsstätten auf dem Nahrungsmittelsektor, aber der syrische Staat wäre auch dankbar, wenn ihm die technischen Errungenschaften der Schweiz weiterhelfen würden. Beide Regierungen sollten die guten Beziehungen fördern.

Auf die Frage nach der Ansiedlung von Kühen wurde geantwortet, dass die prekäre Finanzlage eigene Versuche nicht erlaubten. Holland habe 300 Kühe geschenkt, um hier zu ergründen, ob sie sich assimilieren. Man müsse eben die unterschiedlichen Fütterungsmöglichkeiten in Betracht ziehen. Der Staat suche die Viehzucht zu fördern. Er gebe Kühe ab an Leute auf dem Land für 1000 Dollar das Stück. 700 Dollar gälten als Darlehen und 300 Dollar gingen zulasten der Staatskasse. Man müsse die Landwirtschaft unbedingt mehr fördern, denn die Menschen drängten in die Städte. Kulturingenieure wären sehr erwünscht und vor allem sollten weitere Bewässerungsanlagen errichtet werden können. Ein Entwicklungsplan sei erstellt worden.

Planungsminister Hauraniye möchte, dass in Syrien mit Hilfe von technisch entwickelten Ländern, vor allem auch der Schweiz, Produkte im eigenen Land hergestellt werden könnten, die man auch in die Nachbarländer exportieren könnte. An entsprechenden bilateralen Verträgen bestehe ein grosses Interesse. Syrien sei eben kein Oelland und deshalb nicht mit materiellen Gütern gesegnet. Die Landwirtschaft habe grösste Bedeutung und die Ernährung sei eine der wichtigsten politischen und sozialen Fragen. Im Staatsbudget 1978 werde dieser Notwendigkeit vermehrt Rechnung getragen. Um mehr unternehmen zu können, müsse die Bevölkerung noch etwas anwachsen. Für Syrien liege ein eminentes und kritisches Problem darin, dass die Oelstaaten die Techniker besser bezahlen können. Es werde nach Möglichkeit eine Zusammenarbeit mit Mitteleuropa erwartet. Mit Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland seien Verträge abgeschlossen worden. - Unser Gesprächspartner, mit dem wir eine längere, interessante Diskussion pflegten, gab logischerweise zu verstehen, dass für die wirtschaftliche und soziale Aufwärtsentwicklung seines Landes Lösungen gefunden werden müssen, welche auf die Devisenschwierigkeiten und die schwierige finanzielle Lage zugeschnitten sind.

Gleich wie der Planungsminister, residiert auch der Minister für höhere Ausbildung, Dr. Mohamad Ali Hachem, in einem bescheidenen Büroraum. Wie er ausführte, wird an 12 höheren technischen Schulen Kadenschulung betrieben. Aber noch müssen rund 85% der Professoren im Ausland ausgebildet werden. Das Budget für die Hochschulbildung wurde im Verlaufe der letzten Jahre wesentlich erhöht. Momentan werden 65'000 Studenten ausgebildet. Die Universität Damaskus verfügt über 14 Fakultäten und im Moment ist ein neues Universitätsgebäude im Bau. Auf unsere Fragen hin antwortete der Bildungsminister, dass das Analphabetentum energisch bekämpft werde. Der Schulbesuch ist obligatorisch erklärt worden. Die Primarschule erstreckt sich auf 5 bezw. 8 Jahre, wobei der Schulbeginn beim 6. - 7. Altersjahr liegt. Der Unterschule schliesst sich die Sekundarschule mit 3 Schuljahren an. Die Weiterbildung an Gymnasien erfolgt sodann in verschiedenen Fachrichtungen. Minister Hachem würde grossen Wert darauf legen, wenn mit der Schweiz ein Kulturabkommen abgeschlossen werden könnte. Wie auf eine weitere Frage geantwortet wurde, braucht Syrien unbedingt mehr technische Ingenieure. Rund 4000 würden im Moment ausgebildet, wovon etwa 1000 im Ausland. Es besteht eine Studienplanung, wobei aus finanziellen Gründen und wegen Platzmangels die Zahl der Studenten nach Fakultäten limitiert werden müsse. Finanziell seien dem Staat die Hände gebunden, solange kein Frieden herrsche und rund die Hälfte der Staatsausgaben für Verteidigungszwecke verwendet werden müssten. Aber es bestehe nicht nur ein Mangel an Akademikern. Auch an tüchtigen Berufsarbeitern, guten Hilfsarbeitern und auf allen Gebieten an Spezialisten fehle es. Indessen könne nicht verhindert werden, dass in andern Staaten ausgebildete Akademiker nicht mehr ins eigene Land zurückkehren. So sollen etwa 350 syrische Aerzte in den USA tätig sein. In Syrien gebe es auf 3000 Einwohner einen Arzt. Nachdem auch bei den Aerzten der Zug zur Stadt bestehe, werden sie verpflichtet, nach dem Studium vorerst auf dem Land zu praktizieren.

Ein Besuch auf der schweizerischen Botschaft gab die Möglichkeit der Kontaktnahme mit Landsleuten. Dabei wurde uns versichert, dass die Syrer bei rechter und kluger Behandlung gute Arbeiter sind. Herr Fasler, der für die Firma Bühler, Uzwil, einen grossen Mühlebau leitet, ist mit seinen Mitarbeitern zufrieden. Auch Herr Müller, ein Neffe von Nationalrat Daniel Müller, der im Auftrage der UNO eine Hotelfachschule leitet, konnte über seine Schüler ein gutes Zeugnis abgeben. Botschafter Beaujon, der uns überall hin begleitete, wird das Ergebnis der Besprechungen weiter bearbeiten.

Besonders interessant war der abendliche Besuch beim Präsidenten des palästinensischen Nationalrates, Khaled Fahoum, in der Altstadt von Damaskus. Unsere Chauffeure führten uns durch ein Wirrwarr von engen Strassen in das durch gestrenge Männer mit Maschinenpistolen vorsichtig bewachte Zentrum des palästinensischen Exil-Parlamentes. Fahoum gab uns zu verstehen, dass alle Palästinenser den Frieden herbeisehnten. Die Welt sollte sich den Repressalien Israels nicht beugen. Alle Araber seien auf ihrer Seite. Uneinigkeiten mit und unter den arabischen Ländern seien vergänglich. Es gehe den Palästinensern nicht darum, auch nur einen Juden aus Israel wegzuweisen, aber sie möchten auch nicht Vertriebene sein. Für sie bestehe ganz einfach eine unmögliche Situation. Die PLO sei nicht eine Partei, sondern sie vertrete das palästinensische Volk. Sie existiere auf der ganzen Welt und sei straff und rationell organisiert. Alle Palästinenser seien in der PLO und ohne deren Teilnahme an der Genfer-Konferenz werde diese kein positives Ergebnis zeitigen. Wenn die Amerikaner Realisten sein wollten, dann müssten sie die PLO anerkennen. Viele Länder seien sich darüber einig, dass die UNO-Resolutionen nicht genügten, denn es sollte gehandelt werden. Es gehe um politische und humanitäre Rechte. Fahoum schloss die Möglichkeit nicht aus, dass an der Genfer Konferenz eine palästinensische Vertretung im Rahmen einer arabischen Delegation zugegen sein könnte, wenn dies auch von Aegypten anerkannt würde. Die PLO sei eine demokratische Institution. An ihrer Spitze stehe der Nationalrat mit 193 Mitgliedern, welche auf die ganze Welt verstreut sind. Nach der Darlegung des Präsidenten dieses Nationalrates haben die Palästinenser das Recht auf die Rückkehr in ein eigenes Land und Selbstbestimmung. Cisjordanien und der Gazastreifen sollten ihnen zur Verfügung gestellt werden. In groben Zahlen gemessen gebe es in Cisjordanien 700'000, im Gazastreifen eine Million, in Jordanien 1,5 Millionen und in Syrien 350'000 Palästinenser. Vier Millionen seien zudem in der ganzen Welt zerstreut und viele von ihnen seien in bedeutenden Positionen tätig.

Wir Schweizer sind dem obersten Chef der Palästinenser sympathisch, denn wir hätten nie Kolonien gehabt. Unser Ziel sei seit Jahren Frieden und Freiheit und es habe bei uns schliesslich einen Wilhelm Tell gegeben. Fahoum schilderte dann die ganze Geschichte der Judenverfolgung, welche zur Schaffung des Staates Israel geführt habe, bei welcher trübe Machenschaften mit im Spiel gewesen seien. Die Araber könnten nicht Antisemiten sein. Der Antisemitismus habe in Europa grassiert und die Palästinenser seien die Leidtragenden. Auch sie hätten ein ausgeprägtes Heimatgefühl. Sie hätten sich in andern Ländern nicht integriert wie die Juden. Seine eigenen Kinder seien alle in Damaskus und möchten in ihre Heimat zurück.

Freitag, der 21. Oktober war ein ausserordentlicher Tag. Vorgesehen war eine Fahrt mit den Autos durch die Wüste nach Palmyra. Da wir Interesse zeigten, auch das mit russischer Hilfe erbaute Kraftwerk am Euphrat zu besichtigen, wurde sofort ein Armeetransportflugzeug requiriert und es folgte ein unvergleichlich schöner und interessanter Flug über weite Ebenen des syrischen Reiches, wobei wir aus der Höhe auch eine lange Karawane sichteten.

Palmyra, früher eine der prunkvollsten Städte des Orients, wurde im Jahre 744 n.Chr. zerstört. Wir standen gebannt in den wuchtigen Ruinen des Baal-Tempels und bewunderten die gewaltigen Säulenstrassen. Als interessante Einzelheit betrachteten wir das gut geplante Kanalisationssystem, welches diese Stadt erschlossen hatte.

Dauernd in der Erinnerung haften bleibt sicher der aussergewöhnlich prächtige Ausblick vom Flugzeug auf den blauen Stausee des Euphrat mitten im ockerfarbigen Wüstengebiet. Südlich des Staudamms ist die Kleinstadt Al Thawra entstanden, wo wir uns in der Arbeiter-Kantine an syrischen Speisen gütlich taten, die zum Teil nicht zu identifizieren waren.

Das durch russische Techniker mit russischem Material erstellte Kraftwerk erforderte einen Staudamm von 4,5 Km Länge. Der Damm ist 60 m hoch und die maximale Basisbreite beträgt 512 m. Oben ist er noch 19 m breit. Die Erstellung erforderte Material von 41 Millionen m³. Der Euphrat wurde auf einer Länge von 80 Km und einer Breite von 8 Km gestaut. Vorläufig sind 8 Turbinen mit einer Leistung von je 100 Megawatt Leistung im Jahr im Betrieb. Der Endausbau wird dem Land 1100 MW bringen. Wie viel schwieriger und kostspieliger ist es ausgerechnet in einem Entwicklungsland im Vergleich zu den technisch entwickelten Staaten, Elektrizität zu erzeugen, die dann erst noch über weite Strecken transportiert werden muss, um schliesslich sehr sparsam genutzt zu werden?

Nach unserer Rückkehr nach Damaskus wurde bekannt, Staatspräsident Hafez el Asad wünsche sich mit uns zu unterhalten. Nach einer längern Wartezeit, die wir mit unsern angenehmen und immer hilfsbereiten Begleitern für einen weitem Gedankenaustausch benützten, war es soweit. Der sympathische Staatsmann und frühere General erzählte uns vorerst einiges über seinen Schweizer Aufenthalt. Was uns sehr überraschte, war die Tatsache, dass ihm die Namen verschiedener Schweizer Städte und Ortschaften in Erinnerung geblieben waren. Es war uns bekannt, dass sich der syrische Staatspräsident sehr für unser Land, seine Menschen und ihre Gebräuche interessiert hatte, als er in Begleitung eines Botschafters unser Land bereiste. Es ist mir erinnerlich, dass sowohl er wie der Uebersetzer mit der Nennung einer Ortsbezeichnung etwas Mühe hatte, nämlich dem guten alten Bürgerstock. Man hat ihm dort Fahنشwinger und Alphornbläser vorgestellt, wobei er sich über die Fertigkeit der Fahنشwinger sehr verwunderte. Präsident Asad spielte wenig auf das Palästinenser-Problem an, das uns ja schon von verschiedener Seite dargestellt worden war. Dagegen gab er unumwunden zu, dass ihm die hohen Militärausgaben Sorgen bereiten. Doch sei eine Reduktion wegen der andauernden Unsicherheit der Lage einfach nicht möglich. Man möchte aber Frieden und einen kontinuierlichen Aufbau. Partei und Regierung gäben sich ausserordentliche Mühe, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Es gehe nicht alles so einfach, wie man es gerne hätte. So möchte man dem Staat mit seinen 11 Distrikten ein föderalistischeres Gepräge geben und dabei die Gemeindeautonomie aufwerten. Leider könne dieses Vorhaben vorläufig nicht weitergeführt werden. Vermutlich dürfte es schwierig sein, vor allem in den Landbezirken genügend Leute mit der nötigen Bildung für die Verwaltung zu finden, bis junge Leute nachrücken, welche die Schule besucht haben. "Ja, man kommt schon vorwärts, aber mit Geduld, denn Schwierigkeiten stellen sich in den Weg. Aber wir sind ja schliesslich dazu da, die Schwierigkeiten zu überwinden."

Asad bat uns, dem Schweizer Volk seine Sympathie und seine besten Grüsse zu übermitteln.

Samstag, der 22 Oktober war vorerst dem Besuch des Nationalmuseums in Damaskus gewidmet. Wir bekamen viele äusserst interessante Kunstschätze zu sehen. Besonders fasziniert waren wir von einer Tontafel mit dem ältesten bekannten, aus 30 Buchstaben bestehenden phönizischen Alphabet aus dem 14. Jahrhundert v.Chr. - Ehrfurchtsvoll standen wir auch vor dem bedeutensten Baudenkmal der Stadt, der mit vielen prachtvollen Mosaiken versehenen Omajaden-Moschee, die wir unter kundiger Führung besichtigten. Der mit prächtigen Teppichen voll belegte Gebetssaal ist 130 m lang und 30 m breit.

Im einem kleinen Kuppelbau innerhalb des Gebetssaales wird das Haupt Johannes des Täufers aufbewahrt und von Moslems und Christen gleichermaßen verehrt. - Ein weiterer Besuch galt dem Volkskundemuseum. Mehrmals durchschritten wir die überdeckte, breite Ladenstrasse. Ein Seitenteil dieser "Tekkieh" bot einen hervorragenden Einblick in das kunsthandwerkliche Schaffen, besonders in die Herstellung von Gold- und Silberschmuck, Kupfer- und Lederverarbeitung, Malereien, usw.

Nachdem syrische Zeitungen, die über unsern Besuch immer ausführlich berichteten, in der Darstellung unserer Auffassungen zum Palästina-problem nicht gerade objektiv blieben, war der Besuch beim Generalsekretär der Baath-Partei doch ein wenig von Zurückhaltung geprägt. Wir hatten uns über die Zeitungsberichte unterhalten, kamen dann aber zum Schluss, auch in der Schweiz werde nicht in allen Zeitungen objektiv berichtet und wir könnten in einem den Kommunikationsmitteln übergebenen Schlusscommuniqué vor allem unsere politisch neutrale Haltung zur Palästinenserfrage und unser Streben nach Friede und Gerechtigkeit kurz darlegen.

Wir hatten bald das bestätigende Gefühl, wo wohl die bedeutenste Macht im Staate liegt. Schon äusserlich präsentiert sich das Partei-Palais mondäner als die Gebäulichkeiten der Regierungsvertreter. Syrien erlebte allein in den Jahren 1946 bis 1970 nicht weniger als 21 Putsch, die vielfach von den Militärs inspiriert waren und nicht immer erfolgreich verliefen. Asad kam dann 1970 an die Macht, die er auf eine starke Sicherheits- und Geheimpolizei und eine geschickte Haltung der Armee abstützt. Ich kam zur Ueberzeugung, dass es in diesem zuvor unruhigen Land wohl vorläufig nur die Devise gibt: "Soviel Freiheit als möglich, soviel Zwang als nötig." Und tatsächlich hat man das Gefühl, dass sich die Bevölkerung mit dem gegenwärtigen Zustand recht gut abfindet. Die Macht liegt in den Händen der 1947 gegründeten Baath-Partei, welche seit 1963 eine dominierende Rolle spielt. Ihr Parteiziel ist nach der Darstellung des Generalsekretärs ein freiheitlicher Sozialismus. Sie ist zweifelsohne eine sozialistische Partei, die aber flexibel ist und sich keiner doktrinären Zielsetzung verschrieben hat.

Dass man ein teilweise demokratisches Regime anstrebt, geht aus der Tatsache hervor, dass vier weitere Parteien zugelassen sind. Ihre Zielsetzungen haben sich innerhalb einer "fortschrittlichen Front" zu halten. Angestrebt werde die arabische Einheit, die Freiheit vor jeglichem Kolonialismus. Man wolle einen Sozialismus, der den Menschen befreie. Man möchte mit der übrigen Welt im Frieden leben, gute Beziehungen unterhalten.

Die Baath-Partei hat sich eine grosse Mitgliedschaft gesichert, indem sie zahlreiche Berufsverbände bildete, so der Bauern, der Arbeiter, der Aerzte, Apotheker, Anwälte, usw. Man möchte alle Leute in die Politik einbauen. So hat die Partei heute 1,5 Millionen Mitglieder. Angestrebt werde eine soziale und kulturelle Höherentwicklung, wobei ein sozialdemokratischer Weg nach den eigenen Notwendigkeiten gesucht werde und man Lehren ziehe aus den Experimenten anderer Länder. Im Vordergrund stehe momentan die Agrarrevolution. Grosse Bedeutung komme auch der industriellen Entwicklung zu. Das Verkehrssystem müsse ausgebaut und modernisiert werden, damit der Tourismus einen Aufschwung erfahren könne. Aber auch Schulen, Spitäler und weitere öffentliche Gebäude seien nötig. - Wie der Generalsekretär darlegte, seien die Syrer unter der Führung der Baath-Partei eigentlich Pazifisten, denn sie erstrebten den Frieden; aber der Zwang der Verhältnisse sei eben noch anders. Israel müsse die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen und die besetzten Gebiete frei geben. Man setze grosse Hoffnungen auf die Genfer-Konferenz und wolle mit andern Völkern zusammenarbeiten.

Was uns besonders interessierte, ist das Wahlvorgehen. Es wird in Wahlkreisen nach dem Majorzsystem gewählt. Dabei besteht kein offizieller Minderheitenschutz. Bei der Grösse und Macht der Baath-Partei haben andere Parteigruppierungen natürlich keine Chance, Leute ins Parlament zu bringen. So kommt es zu Einheitslisten, indem die Baath-Partei anderen Parteien und auch Neuträlen auf ihren Wahllisten Linien zur Verfügung stellt. Dabei wird natürlich darauf geachtet, dass die eigene Mehrheit nicht gefährdet wird.

Der Besuch beim Ausserminister und Vizeministerpräsidenten Abdel Halim Khaddam ergab eine Bestätigung der bisherigen Darlegungen im aussenpolitischen Bereich. Er würdigte die schweizerische Neutralität und die Bedeutung der Schweiz im Rahmen vieler internationaler Organisationen

Mohamed Ali El Halabi, Präsident des Nationalrates, führte uns durch das gediegene, aber in seinen Dimensionen äusserst bescheidene Parlamentsgebäude. Man möchte gerne mit dem Militär-Klub das Lokal tauschen, kam aber bis jetzt nicht zu einer Einigung. Die Sitzungsdisziplin soll angeblich recht gut sein, wobei aber bei Anwesenheit aller Mitglieder auch Tribünenplätze zur Verfügung stehen müssen. Halabi versicherte uns, dass für die Parlamentsmitglieder im allgemeinen kein Stimmzwang bestehe. Bei besonders wichtigen politischen Abstimmungen sei dies jedoch für die Mitglieder der Baath-Partei der Fall.

Im Jahr werden 3 Sessionen durchgeführt, wovon deren zwei zu sechs Wochen und eine vom Oktober bis Dezember. Der Nationalrat tagt an den Abenden von Freitag, Samstag und Sonntag. An den übrigen Wochentagen finden Kommissionssitzungen statt, in denen die Vorlagen weitgehend bereinigt werden. Im 190 Mitglieder umfassenden Parlament haben 6 Frauen Einsitz genommen. Minister gibt es 34. Sie beziehen ein Monatsgehalt von 2500 syrischen Pfund + Spesenentschädigung. Kaufkraftmässig dürfte dieses Gehalt ungefähr mit Schweizerfranken verglichen werden.

Den letzten Abend unseres lehrreichen Aufenthaltes verbrachten wir im Orient-Nachtklub. Man täusche sich nicht. Es handelt sich ganz einfach um eine grosse Restaurationshalle, wo bei orientalischer Musik, die einem richtig in Stimmung bringen kann, Tanzvorführungen stattfinden und wo dann auch getanzt werden kann. Das breite Publikum machte von dieser Möglichkeit recht wenig Gebrauch, wie bei uns. Im Publikum nahm man freudig von unserer Präsenz Kenntnis. Wir unterhielten uns ein letztes Mal mit unsern immer zuvorkommenden Begleitern und freuen uns auf ihren Gegenbesuch.

Im der bescheidenen Freizeit streiften wir durch einzelne Teile der Stadt Damaskus. Auffallend war die überall feststellbare gute Ordnung. Man hatte das Gefühl, dass sich die Bevölkerung unter dem jetzigen stabilen Regime recht wohl fühlt. Oeffentliche Kritik ist übrigens erlaubt und der privaten Initiative wird breiter Raum gewährt. Am Abend begegnet man auf den Strassen nur wenigen Frauen. Die Kinos werden von Jugendlichen belagert. Die getragenen Kleider sind unterschiedlich, überwiegend westlicher Prägung, ohne Ausschweifungen. Verschleierte Frauen trifft man nur selten an. Vielfach sind es in Schwarz gekleidete Pilgerinnen, die vor Mekka noch die Omayad-Moschee in Damaskus aufsuchen. In den Altstadtgebieten hat es viele Marktstände mit Früchten, Gemüse und Fleischwaren. Beim Besuch von nachts nur schwach beleuchteten Altstadtgebieten wurde ich wohl als Ausländer erkannt, etwas neugierig gemustert und einfach zur Kenntnis genommen.

Bettler gibt es nicht, auch keine bettelnden Kinder.

Die Bautätigkeit in Damaskus ist enorm. Man ist daran, in baulich schlechtem Zustand stehende Altquartiere zum Verschwinden zu bringen. Ausserdem bereitet die Landflucht etwelche Sorgen. Aber es fehlt an Kranen und Baumaschinen. Wir haben beobachtet, wie Maurer ihre Pflasterkessel an Flaschenzügen in die Höhe beförderten. Man erhielt den Eindruck, dass nach der Erstellung des Rohbaus der zahlreichen Wohnblöcke ein längerer Baustillstand eintritt, weil es an Facharbeitern und Material für den Innenausbau fehlt. Syrien möchte auf vielen Gebieten vorwärts kommen, aber es fehlt vielfach an den Möglichkeiten, den erforderlichen Mitteln und an ausgebildeten Leuten.

Wie man uns sagte, liegt das Steuermittel bei 20%. Da es keine grossen Einkommen gebe, ende die Progression bei 25%. Arbeitnehmer haben wie bei uns mit dem Lohnausweis anzutreten. Grössere Betriebe stehen unter Buchführungspflicht. Beim Kleingewerbe wird nach Ermessen eingeschätzt. Der Gewerbetreibende sage, er habe ein Einkommen von jährlich 1000 Pfund. Der Steuerbeamte beginne beispielsweise bei 20'000 Pfund. Dann werde gemarktet, bis man sich irgendwo in der Mitte finde.

Unser Besuch war sehr interessant, aber doch recht strapatziös. Wir erlebten eine angenehme Gastfreundschaft. Ein freundlicher und mit Auskünften stets bereiter Dolmetscher stand dauernd zu unserer Verfügung. Auch im Hotel waren wir gut aufgehoben und die uns fremde Kost war recht schmackhaft und bot eine interessante Abwechslung. Von der Cholera haben wir nichts gemerkt.

Mit grosser Trauer mussten wir kurz nach unserer Rückkehr zur Kenntnis nehmen, dass unser Delegationsmitglied Peter Grünig wegen einem Herzleiden in die Ewigkeit abberufen wurde.

Emil Schaffer, Nationalrat

Fotokopien dieses privaten Berichtes an

Generalsekretariat Bundesversammlung

Eidg. Pol. Departement

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement

3.1.1978

Fremdell. Grünig,
E. Schaffer

cn	15	KHLC				c/1
Datum	4.1.					
Via	2	A	U			U
EFD	4. Jan. 1978					
Ref.	p. 2. 124. 31.					